

Deutschland braucht niedrigere Arbeitskosten

Die Forderung der IG Metall ist angesichts der alarmierenden Lage des Arbeitsmarktes überzogen. Vor allem flexiblere Lohnstrukturen helfen, den Standort Deutschland zu retten. VON HORST ROTTMANN

Die IG Metall zeigt sich von ihrer kämpferischen Seite: Sie hat die Tarifrunde mit einer Lohnforderung von vier Prozent eröffnet. Angesichts der alarmierenden wirtschaftlichen Lage Deutschlands ist diese Forderung überzogen. Denn die Bundesrepublik hat seit fast zehn Jahren mit das geringste Wirtschaftswachstum der westlichen Industrieländer, die Zahl der Firmeninsolvenzen steigt dieses Jahr voraussichtlich auf über 40 000 Pleiten, die Arbeitslosigkeit nimmt seit 30 Jahren tendenziell zu. Diese Entwicklungen sind eng miteinander verknüpft: Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Produktion – und folglich weniger Insolvenzen. Eine vernünftige Lohnpolitik muss deshalb primär dazu beitragen, die Beschäftigung zu beleben.

Weltweit höchste Arbeitskosten

Die Politik der Gewerkschaften bewirkt jedoch das Gegenteil. Denn gerade jetzt sollte es darum gehen, die Arbeitskosten zu senken und die Lohnstrukturen zu flexibilisieren. Aber die Gewerkschaften sehen das nicht ein. In ihren Augen kurbelt eine Lohnerhöhung die Wirtschaft an. Höhere Löhne, behaupten sie, steigern Einkommen und Nachfrage und damit Produktion und Beschäftigung. Diese Argumentation ist falsch. Höhere Löhne ohne eine entsprechende Produktivitätssteigerung reduzieren die erwarteten Gewinne. Das aber lässt die Unternehmer weniger investieren. Auch ausländische Investoren meiden Deutschland, weil die Arbeitskosten pro Stunde in der westdeutschen Industrie weltweit die höchsten sind – und weil die Arbeitskosten die wichtigsten standortgebundenen Kosten darstellen. Dies aber bremst Deutschland weiter aus: Denn langfristig hängt das Wachstum vor allem von Investitionen in Real- und Humankapital ab. Zudem führen hohe Arbeitskosten dazu, dass die

Unternehmer in erster Linie in die Rationalisierung investieren. Auch das bedeutet weniger Arbeitsplätze.

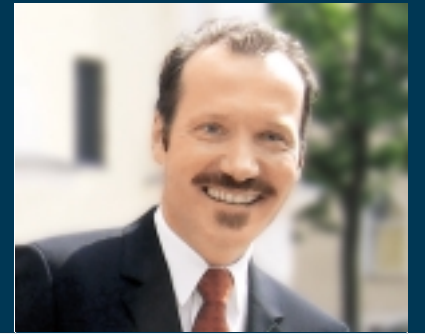
Der Vergleich Irlands mit den neuen Bundesländern zeigt, welche große Rolle die Arbeitskosten für das Wachstum spielen. Irland verzeichnet seit rund zehn Jahren die höchsten Wachstumsraten in der EU und überholte Deutschland mittlerweile bei der Pro-Kopf-Produktion. Die irischen Löhne stiegen deutlich langsamer als die Produktivität. Sie liegen auch heute noch um etwa 35 Prozent unter den westdeutschen Arbeitskosten. Neben der Steuerpolitik machte besonders diese Lohnpolitik den Standort Irland attraktiv. In Ostdeutschland nahmen dagegen nach der Wiedervereinigung die Löhne deutlich schneller zu als die Produktivität. Heute liegen die ostdeutschen Löhne bei etwa 75 Prozent des westdeutschen Niveaus, während die Produktivität gerade einmal 60 Prozent erreicht. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Investoren in Ostdeutschland keine Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosenquote bei 20 Prozent liegt.

Unternehmen können auf Grund des Wettbewerbs nur dann Jobs schaffen, wenn dies für sie rentabel ist. Die Lohnstrukturen müssen daher den unterschiedlichen Produktivitäten der Arbeitnehmer entsprechen. Mit ihrer Politik der Gleichmacherei haben die Gewerkschaften in den vergangenen 20 Jahren genau das Gegenteil erreicht. Während in anderen Industrieländern die Lohnstrukturen stärker nach Qualifikationen differenziert wurden, nahm die Lohndifferenzierung in Westdeutschland ab. Hier sind vor allem die Tariflöhne von gering Qualifizierten meist zu hoch. Die Folge: Ihre Arbeitslosenquote kletterte auf etwa 25 Prozent.

@INTERNETLINK

■ www.fh-amberg-weiden.de/home/rottmann

Horst Rottmann



→ Horst Rottmann ist Professor für Volkswirtschaft, Statistik und Finance an der Fachhochschule Amberg-Weiden. Von 1985 bis 1990 studierte er Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. 1995 promovierte er an der Uni Augsburg und wechselte zum Münchner Ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Seine Schwerpunkte sind die empirische Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschung, Analysen der Finanzmärkte und angewandte Ökonometrie. Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in nationalen sowie internationalen Journals und Büchern.

Die Tarifpartner bekommen offensichtlich das Problem der Arbeitslosigkeit nicht in den Griff. Daher muss die Politik institutionelle Reformen auf den Weg bringen. Sie sollten helfen, den Anstieg der Arbeitskosten zu dämpfen und die Lohnstrukturen weitergehend zu differenzieren.

Schritte zu mehr Jobsicherheit

Zwar ist die Agenda 2010 in diesem Sinne ein erster richtiger Schritt, doch sollten sie die Politiker um einige wichtige Punkte ergänzen: Der Kündigungsschutz muss gelockert werden. Auch er ist ein großes Einstellungshemmnis und führt dazu, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen im internationalen Vergleich enorm hoch liegt. Zudem sollte die Politik die Tarifparteien dazu verpflichten, in ihren Verträgen wirksame Öffnungsklauseln aufzunehmen. Sie erlauben den Beschäftigten und ihren Betriebsräten, sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit ihren Arbeitgebern auf vom Tarifvertrag abweichende Lohn- und Arbeitszeiten zu einigen. So könnten sie den Schaden abwenden, der durch überhöhte Tarifabschlüsse droht. Das wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Jobsicherheit.

Ihre Ansprechpartnerin in der Redaktion: monika.hofmann@marktundmittelstand.de